

Niederschrift

Gremium	Sitzung - FuG/023(VII)/21			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Familie und Gleichstellung	Dienstag, 13.07.2021	Hansesaal	17:00Uhr	18:27Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschriften vom 25.05.2021 und 22.06.2021
- 4 Öffentliche Sprechstunde
- 5 Beschlussvorlagen
 - 5.1 Finanzierung von Leistungen der Schulsozialarbeit an 13 Schulstandorten im Zeitraum 01.01.2022 bis 30.06.2023 DS0262/21
 - 5.2 Jugendhilfeplanung für die Erbringung von Leistungen in den Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit, der Jugendsozialarbeit, der Schulsozialarbeit, des Kinder- und Jugendschutzes und der Familienarbeit - ab 2022 DS0258/21

6 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Christian Mertens

Mitglieder des Gremiums

Julia Brandt

Manuel Rupsch

Evelin Schulz

Roland Zander

Vertreter

Stephan Bublitz

René Hempel

Sachkundige Einwohner/innen

Nicole Anger

Jacqueline Brösicke

Geschäftsführung

Heike Ponitka

Daniela Diestelberg

Natalie Schoof

Abwesend - entschuldigt

Julia Bohlander

Nadja Lösch

Peter Uhlmann

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende, **Stadtrat Mertens**, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Bestätigung der Tagesordnung: **7-0-0**

3. Genehmigung der Niederschriften vom 25.05.2021 und 22.06.2021

Niederschrift vom 25.05.2021: **5-0-2**

Niederschrift vom 22.06.2021: **5-0-2**

4. Öffentliche Sprechstunde

Es ist niemand zur öffentlichen Sprechstunde erschienen.

5. Beschlussvorlagen

5.1. Finanzierung von Leistungen der Schulsozialarbeit an 13 Schulstandorten im Zeitraum 01.01.2022 bis 30.06.2023 Vorlage: DS0262/21

Herr Dr. Gottschalk, Stabsstelle V/02, wird beide Themen an Hand einer Präsentation vorstellen. Die Präsentation wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Im ersten Teil der Präsentation geht es um die Schulsozialarbeit und im zweiten Teil um die Jugendhilfeplanung.

Zur Schulsozialarbeit berichtet er, dass die Verwaltung mit der Drucksache die Finanzierung für die Standorte der kommunalen Schulsozialarbeit bis Mitte 2023 sichern will. Für die restlichen 35 Standorte muss das Land die Finanzierung noch sichern. Das Land muss diese Finanzierung noch untersetzen, da die bisherigen ESF-Mittel nur bis Mitte 2022 laufen. Laut Land sollen auch

eventuell inhaltliche Änderungen vorgenommen werden. Im Gespräch sind z.B. dass nur in bestimmte Schulformen Schulsozialarbeit durchgeführt werden soll.

Eine neue DS zur Schulsozialarbeit wird Anfang bis Mitte 2023 erarbeitet um dann die weitere Finanzierung zu klären. Zukünftig ist es möglich, dass für die Schulsozialarbeit ein Finanzierungsrahmen von 1 Mio. € nötig ist.

Stadträtin Brandt erklärt, dass am 26.8. eine Sondersitzung zur Jugendhilfeplanung stattfinden wird und schlägt vor, die Abstimmung dazu zu vertagen. Davon unabhängig kann die DS zur Schulsozialarbeit abgestimmt werden.

Stadtrat Rupsch fragt nach, ob die Abstimmung nicht schon jetzt erfolgen muss, damit die 1 Mio. € haushaltstechnisch eingeplant werden können?

Herr Dr. Gottschalk, Stabsstelle V/02, erklärt, dass die Finanzierung ab Mitte 2022 mit 1 Mio. € offen ist. Dies bezieht sich aber auf die Schulsozialarbeit und nicht für die Jugendhilfeplanung. Die Abstimmung zur Schulsozialarbeit wäre ein wichtiges Signal.

Stadtrat Hempel fragt nach, wie hoch die Abrufquote der BUT-Mittel für die Schulsozialarbeit sein darf?

Herr Dr. Gottschalk, Stabsstelle V/02, erklärt, dass die nicht abgeforderten BUT-Mittel als Rückstellung im Haushalt eingeflossen sind. Die Inanspruchnahme ist abgegolten, so dass das Land die Mittel nicht zurückfordert. Die Frage an sich, nimmt er mit.

Auf die weitere Nachfrage von **Stadtrat Hempel**, warum der Spielwagen e.V. so oft als Träger vertreten ist, antwortet **Frau Wolf**, Jugendamt, dass dies ein sehr erfahrener Träger, auch im Bereich von Förderschulen ist.

Abstimmung:

DS: **7-0-0**

- 5.2. Jugendhilfeplanung für die Erbringung von Leistungen in den Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit, der Jugendsozialarbeit, der Schulsozialarbeit, des Kinder- und Jugendschutzes und der Familienarbeit - ab 2022
Vorlage: DS0258/21
-

Herr Dr. Gottschalk, Stabsstelle V/02, stellt die DS an Hand der Präsentation weiter vor. Er berichtet, dass in der Jugendhilfeplanung verschiedene Schwerpunkte wie Familienbildung und Familienarbeit vorhanden sind. Aber auch neue Schwerpunkte z.B. Gesundheit und Digitalisierung wurden aufgenommen.

Die Drucksache wurde im Unterausschuss einstimmig angenommen.

Geplant ist eine unterjährige Anpassung von Angeboten und Dienstleistungen um flexibel auf die Gegebenheiten reagieren zu können. Es wurden strukturelle Schwerpunkte gesetzt und die Barrierefreiheit soll mehr beachtet werden. Des Weiteren soll die KJH Müntzer geschlossen werden, da diese wenig genutzt wird. Auch soll ein neues Medienbildungszentrum errichtet werden.

Stadtrat Hempel nennt die Schließung der KJH Müntzer eine Katastrophe. Des Weiteren kritisiert er das Fehlen von WLAN in den Einrichtungen und er bemängelt, dass für die Aufstockung der Familienarbeit alles andere gekürzt wird. Es sind andere Verfahren notwendig

und er der so vorliegenden Drucksache nicht zustimmen. Auch sieht er nicht den Bedarf an ein Medienbildungszentrum, das könnte auch der Medientreff Zone! machen.

Stadträtin Brandt erklärt, dass die Freigabe im Unterausschuss nur deswegen erfolgte, damit über die Jugendhilfeplanung öffentlich diskutiert werden kann. Sie findet die Planung nicht Bedarfsorientiert sondern Budgetorientiert.

Frau Diestelberg, Gleichstellungsamt, weist darauf hin, dass das Budget leider gedeckelt ist, dies ist eine politische Entscheidung. Wichtig wäre, dass mehr Angebote für Jugendliche ab 14 Jahren geschaffen werden. Für diese Gruppe gibt es kaum Angebote.

Auch **Frau Anger**, sachk. Einwohnerin sieht keinen Bedarf für ein Medienbildungszentrum.

Auch weist sie darauf hin, dass das Land wohl ein ähnliches Projekt plant, dies sollte vorher abgesprochen werden. Des Weiteren vermisst sie die Stellungnahmen der Behindertenbeauftragten und der Kinderbeauftragten. Kritisch sieht sie auch die Kürzung der Stellenanteile für die Jugendarbeit und der Jugendwerkstatt.

Frau Wolf, Jugendamt, berichtet in welcher Form die Kinder und Jugendlichen befragt und beteiligt wurden bei der Erstellung der Jugendhilfeplanung. So wurden die Ergebnisse eingearbeitet und Bedarfe, die nicht in den Bereich des Jugendamtes fielen, an die entsprechenden Bereiche weitergeleitet.

Abstimmung zur Vertagung:

7-0-0

6. Verschiedenes

Frau Ponitka, Gleichstellungsbeauftragte, verteilt an alle Anwesenden eine Übersicht mit den Terminen für den diesjährigen CSD und weist auf die Fahnenhissung am 30.07. sowie auf die Fachveranstaltung am 12.08. hin.

Des Weiteren berichtet sie, dass es am 24.08. ein Gespräch mit den Geschäftsführungen der Fraktionen geben wird, zur Thematik der Kinderbetreuung während der Ausschüsse und des Stadtrates und Aktion „Stark im Amt“.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Christian Mertens
Vorsitzende/r

Natalie Schoof
Schriftführer/in